



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr.99 • Die Woche im Bundestag • 08.07.2011

50. Jahrestag des Mauerbaus – Verklärung der DDR entgegneten

Am 13. August jährt sich zum 50. Mal der Bau der Berliner Mauer, mit der die DDR die Massenflucht ihrer Bürger brutal unterband und die Teilung Deutschlands zementierte. Eine zentrale Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße wird daran am Jahrestag des Mauerbaus erinnern. Heute, mehr als zwanzig Jahre nachdem die Bürger in Ostdeutschland durch außergewöhnlichen Mut und Einsatz die SED-Diktatur in die Knie gezwungen haben, wissen junge Menschen oftmals wenig über die Geschichte der DDR. Mancherorts ist überdies ein nostalgisch geprägter Rückblick entstanden.

An der Umdeutung der SED-Diktatur zum autoritären Sozialstaat arbeitet insbesondere die Linkspartei intensiv. Bis heute hat die Partei, die in direkter Nachfolge zur SED steht, sich nicht klar und eindeutig von den im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen distanziert. Im Entwurf ihres neuen Grundsatzprogrammes zeichnet sie ein DDR-Bild, das den historischen Tatsachen Hohn spricht.

Als CDU/CSU-Fraktion ist es uns ein zentrales Anliegen, die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur zu verstärken und in diesem Zusammenhang insbesondere auch Widerstand und Opposition in der DDR zu würdigen. Aus diesem Grund haben wir im Rahmen der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts die Aufarbeitung der SED-Diktatur als neuen Förderschwerpunkt eingerichtet und gemeinsam mit unserem liberalen Koalitionspartner in dieser Wahlperiode die Maßnahmen noch weiter verstärkt. Sichtbarer Ausdruck unserer Anstrengungen sind etwa die im vergangenen Jahr von der christlich-liberalen Koalition herbeigeführte Stärkung der Opferpension, die Eröffnung einer Dauerausstellung zum Thema „Teilung und

Grenze im Alltag der Deutschen“ im Tränenpalast – der ehemaligen Grenzübergangsstelle am Bahnhof Friedrichstraße – im Herbst diesen Jahres oder die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes, das wir im zweiten Halbjahr abschließend beraten und mit dem wir die Überprüfungsmöglichkeiten auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR nicht nur verlängern, sondern auch ausweiten werden. Die christlich-liberale Koalition ist dies den Opfern des SED-Unrechtsregimes schuldig.

Koalition verlängert Anti-Terror-Gesetze

Deutschland steht weiterhin im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus. Es ist deshalb von elementarer Bedeutung für die Sicherheit unserer Bevölkerung, dass unsere Sicherheitsbehörden handlungsfähig sind. Die christlich-liberale Koalition wird daher die seit zehn Jahren geltenden Antiterrorgesetze zunächst um weitere vier Jahre verlängern. Zwei Befugnisse haben sich als verzichtbar erwiesen und entfallen. Die Einholung von Auskünften von Luftfahrtunternehmen und bei Unternehmen der Finanzbranche hingegen wird noch effizienter gestaltet. Unsere Sicherheitsbehörden werden damit auch zukünftig in der Lage sein, Terroristen mit wirksamen Mitteln entgegenzutreten. Die Koalition zeigt sich damit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit handlungsfähig.

Das Handwerk stark machen

Mit dem Koalitionsantrag „Wirtschaftsmacht Handwerk – kein Wachstum in Deutschland ohne das Handwerk“ bauen wir auf die Ergebnisse unserer vorausgegangenen Großen Anfrage auf.

Das Handwerk ist wegen seines Wertschöpfungsbeitrags, seiner Personalintensität, seiner Ausbildungsleistung und den wachsenden technischen Anforderungen weiterhin von besonderer Bedeutung für Wirtschaft und Aufschwung in unserem Land. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, im Rahmen bestehender Haushaltsmittel Maßnahmen zu prüfen, mit denen das Handwerk gestärkt in die Zukunft gehen kann. Ansatzpunkte liegen für uns in der wirtschaftlichen und anspruchsvollen Gebäudesanierung, der betrieblichen Energieintensität, der Transparenz und Zugänglichkeit von Förderprogrammen, der Rekrutierung und Existenzgründung oder auch der Ausschreibungs- und Besteuerungspraxis.

Entlastung der unteren und mittleren Einkommen

Die christlich-liberale Koalition wird kleinere und mittlere Einkommen zum 1. Januar 2013 steuerlich entlasten und die kalte Progression vermindern.

Damit sorgen wir dafür, dass mehr netto vom Bruttoeinkommen beim Steuerzahler verbleibt. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich aufgrund höherer Wachstumswerte zusätzliche Handlungsspielräume auf der Einnahmeseite.

Die Koalition wird im Herbst die vorhandenen Spielräume ausnutzen und einen Gesetzentwurf vor der endgültigen Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2012 vorlegen. Außerdem werden wir angesichts der guten Beschäftigungslage die Sozialversicherungsbeiträge senken. So erreichen wir, dass alle Bürgerinnen und Bürger am Aufschwung teilhaben können.

Mit dieser Entscheidung setzt die christlich-liberale Koalition den Kurs der steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger konsequent fort: Bereits im Jahr 2010 hatten wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Kindergeld und die Kinderfreibeträge deutlich angehoben und die Steuerzahler mit über 20 Mrd. Euro entlastet. Durch das Steuervereinfachungsgesetz, das im Wesentlichen zum 1.1.2012 in Kraft tritt, wird zusätzlich zu den Steuervereinfachungen auch die Steuerbelastung um rund 600 Mio. Euro gesenkt.

Durch die vereinbarte weitere Entlastung zum 1. Januar 2013 entsteht für die Bürger ein zusätzlicher finanzieller Freiraum. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen.

Die Binnennachfrage wird gestärkt. Steuerpolitik ist damit auch Wachstumspolitik. Gleichzeitig setzt die christlich-liberale Koalition ihren Konsolidierungskurs fort. Die Schuldenregel wird eingehalten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung sorgt dafür, dass beides möglich ist: Die Sanierung des Bundeshaushalts und die Entlastung der Bürger.

Bildungsniveau in Deutschland steigt

Das allgemeine Bildungsniveau ist in den letzten Jahren in Deutschland deutlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2000 noch 25% aller Schüler die Hochschulreife, so waren es im Jahr 2009 bereits 30%. Im selben Zeitraum ging auch der Anteil der Schulabbrecher merklich zurück. Er sank von 8,5% im Jahr 2004 auf 7,0% im Jahr 2009.

Hingegen stieg der Anteil der Gymnasiasten von 23% auf 30%. Gleichzeitig stieg auch das Leistungsniveau merklich: Die 15-jährigen deutschen Schüler haben sich zwischen 2000 und 2009 um 13 Punkte im PISA-Testbereich Lesen gesteigert. In den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften liegt Deutschland inzwischen sogar über dem OECD-Durchschnitt. Auch Kinder von Migranten werden heute erheblich besser gefördert. Betrug der Abstand im Testbereich Lesen zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund im Jahr 2000 84 Punkte, so waren es 2009 56.

Den BAföG-Höchstsatz hat die Union in dieser Wahlperiode auf 670 € erhöht. Er liegt jetzt 15% höher als unter der letzten rot-grünen Bundesregierung. Auch die Zahl der BAföG-geförderten Studenten, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbringen, ist signifikant gestiegen. Sie hat sich zwischen 2005 und 2009 von 13.000 auf 26.000 verdoppelt. Mit dem Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern sind mit Blick auf die Aussetzung der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge zusätzliche Studienplätze geschaffen worden. Inzwischen studieren 46% eines Jahrgangs, 2005 waren es nur 27%.

(Quelle: BMBF)